

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM BESANNEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER ARBEITER



ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)
März-Mai 1952 Nr. 68-70 Preis S 2,-

Brief aus Japan:

ERWACHEN DER ARBEITER

Vorbemerkung der Redaktion: Dieser "Brief aus Japan" ist eine Übersetzung aus dem Französischen und erschien in der "Quatrième Internationale", Nr. 1/1952. Durch die Ereignisse am 1. Mai in Tokio erscheint der vorliegende Bericht, der eine ernste Analyse der Ursachen des neuen Aufstieges der Massenbewegung in Japan enthält, doppelt wichtig. Nach einem Artikel in "Die neue Zeitung" (die amerikanische Zeitung in Deutschland), demonstrierten am 1. Mai "über 300.000 Menschen". Die Demonstranten "brachen in Verwünschungen gegen die Amerikaner und die japanische Regierung aus" und "versuchten zweimal vergeblich, den Kaiserpalast zu stürmen". Der vorliegende Bericht legt die nationalen und internationalen Bedingungen, die die Ursache dieser heftigen Kämpfe sind, überzeugend dar. Dies und die Tatsache, daß wir über die Ereignisse in Ostasien verhältnismäßig wenig unterrichtet sind, hat uns bewogen, den "Brief aus Japan" zu übersetzen und abzudrucken.

Das japanische Oberhaus hat am 18. November gegen die Opposition einer Minderheit die zwei von Washington redigierten Verträge, den Friedensvertrag und den Sicherheitspakt, angenommen. Ebenso wurden diese beiden Dokumente dann von einer starken Mehrheit im Unterhaus ratifiziert. Fast zur gleichen Zeit entstand aber unter den Arbeitern der großen Industriezentren eine heftige Opposition, die sich in eine nationale Bewegung zu verwandeln droht. Es scheint, daß die Massenbewegung, nach einer langen Periode des Niederganges, einen neuen Aufstieg erlebt.

"Vier Friedensgrundsätze"

Diese Bewegung hat auf dem Jahreskongreß der Lehnergewerkschaft, der vom 29. Mai bis 1. Juni abgehalten wurde, begonnen. Diese Gewerkschaft, die einige hunderttausend Mitglieder umfaßt,

hat mit großer Majorität "Vier Friedensgrundsätze" angenommen: Gegen einen Separatvertrag, für einen allgemeinen Vertrag; für Neutralität und gegen eine Allianz mit einem der Mächteblocks; gegen die Wiederaufrüstung und gegen die Errichtung von fremden militärischen Basen im dem Lande.

Der 10. Kongreß der Staatseisenbahnarbeiter, der vom 4. bis 9. Juni abgehalten wurde, nahm dieselben vier Grundsätze mit 292 gegen 113 Stimmen an. Dieser Beschluß war von größter Bedeutung, da diese Gewerkschaft eine Bastion der Bewegung der Demokratischen Liga, die zur Bekämpfung der von den Stalinisten geführten Arbeiterbewegung geschaffen worden war, darstellte. Im Laufe der Monate Juni und Juli wurden zahlreiche Jahreskongresse von anderen großen Gewerkschaften, wie die der Privat-Eisenbahner, der Transportarbeiter, der Arbeiter in der Elektroindustrie, der Kohlenbergarbeiter usw. abgehalten. Alle diese Gewerkschaften nahmen die Friedensgrundsätze an und brachten so ihre Entschlossenheit, allen Versuchen der Regierung Yoshida, das japanische Volk dem amerikanischen Imperialismus zu unterwerfen, Widerstand zu leisten, zum Ausdruck.

Dieses Erwachen der Arbeiterklasse hatte einen sofortigen Widerhall bei den Intellektuellen zur Folge. Einige bekannte Universitätsprofessoren kritisierten offen den Friedensvertrag und den Sicherheitsvertrag und traten für eine Welt-Friedensbewegung ein. Kurz vor seinem Abschied trat der Rektor der Universität von Tokio, Dr. Nambara, vor seinen Studenten gegen einen Separatfriedenspakt auf.

Als vor einigen Tagen der Tenno die Universität von Kioto besuchte, belagerten einige hundert Studenten, einschließlich solcher von anderen Schulen, seinen Wagen, um ihn an der Abfahrt zu hindern. Es scheint, daß diese Studenten von den Stalinisten inspiriert wurden, aber ein solcher Vorfall ist in der japanischen Geschichte noch nicht vorgekommen.

Zur Enttäuschung über den Friedensvertrag kommt der Sicherheitspakt, der die Bevölkerung zutiefst berührt, besonders die Klausel, die die Verwendung von amerikanischen Truppen zur Niederschlagung von Aufständen vorsieht. Der Friedensvertrag, ob es nun ein Separatvertrag oder ein allgemeiner ist, scheint von vornherein ein wirklich "pazifistischer" Vertrag zu sein, da er einen gewissen Ausweg für die durch die Besetzung geschaffenen unüberwindlichen Schwierigkeiten ermöglicht. Tatsächlich haben sich die herrschenden Klassen bemüht, diese Illusion unter den Massen zu verbreiten. Doch das Wort Nairan (Bürgerkrieg) wurde in der Diète (Unterhaus) offen ausgesprochen und man hat über die Verwendung von amerikanischen Truppen diskutiert. Dieses Wort existierte bis jetzt nicht innerhalb der japanischen Massen und für Japan selbst war es tabu. Es scheint, daß diese offene Diskussion über einen möglichen Bürgerkrieg in Japan dieses Tabu im Bewußtsein der Massen beseitigt und die Augen über den wirklichen Inhalt des Vertrages geöffnet hat.

Neue Streikwelle

Andererseits sind die Lebensbedingungen der Lohnempfänger wegen der Preissteigerungen schwieriger geworden. Für die Erhöhung der Löhne und für Sonderzuwendungen werden große Streiks geführt. Die Gewerkschaft der Kohlenbergarbeiter, die mehr als eine Million Bergarbeiter umfaßt, hat einen Kampf geführt, eine staunenswerte Solidarität und Kampfbereitschaft gegen die in- und ausländische Unterdrückung zeigte. Sie erreichte einen vollständigen Sieg (eine starke Erhöhung der Löhne). Die Gewerkschaft der Elektroindustrie und die Lehrgewerkschaft streikten gegenwärtig im ganzen Lande. Die Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten bereitet einen Streik

für Lohnforderungen vor. Die Sektion Nagoya der Gewerkschaft der Staatseisenbahner haben nach langen und vergeblichen Verhandlungen die passive Resistenz erklärt und stellen fest, daß sie, wenn ihre Forderungen nicht angenommen werden, für das normale Funktionieren des Verkehrs keine Verantwortung übernehmen. Andere Streiks gibt es in einzelnen Betrieben und in verschiedenen Teilen des Landes.

Das Hauptmerkmal dieser neuen Streikwelle ist, daß der Kampfwille und die Sicherheit steigt. Gewöhnlich gibt es gegen Ende des Jahres eine Streikbewegung für Ende-des-Jahres-Zuwendungen (wahrscheinlich entsprechend unseren Weihnachtsremunerationen, Die Red.). Es ist nun bereits sicher, daß die laufenden Arbeiterkämpfe direkt in diese Kämpfe einmünden werden. Es ist möglich, daß der neue Friedensvertrag mit seinen schlechten und bedrohlichen Aspekten einen neuen psychologischen Impuls, der die Arbeiter anregt, gibt.

Die Regierung hat schnell Maßnahmen getroffen, um diese Erhebung der Massen zu bekämpfen. Sie hat die Zeitungen und die Versammlungen der Kommunisten im ganzen Lande unterdrückt. Fast die ganze Aktivität der Stalinpartei ist auf die Illegalität beschränkt.

Gleichzeitig hat die Regierung versucht, zwei reaktionäre Gesetze durchzubringen, das eine zur Aufrechterhaltung der "öffentlichen Ordnung", das andere um die Tätigkeit der politischen Organisationen zu beschränken. Die bisher veröffentlichten Entwürfe zeigen, daß diese Gesetze der Regierung unbeschränkte Macht geben würden, willkürlich jede Aktivität der Massen zu unterdrücken. Die Regierung Yoshida will diese Entwürfe bei der gegenwärtigen außerordentlichen Tagung der Diète einbringen.

Diese perfide Aktion der Regierung hat die ganze Arbeiterklasse aufgebracht. Der Generalrat der japanischen Gewerkschaften, der 2,935.629 Mitglieder hat, proklamierte die passive Resistenz und erklärte, daß er diesen Versuchen mit Gewalt entgegentreten werde. Er organisierte sofort ein zentrales Kampfkomitee und warnte die Regierung, daß er, wenn sie die beiden Entwürfe nicht zurückzieht, am 17. November einen allgemeinen Streik proklamieren werde.

Das Zentralkomitee der Gewerkschaft der Staatseisenbahner gab an seine Distrikte die Weisung, mit einer Petitionskampagne bei den Direktionen zu beginnen und veröffentlichte zur gleichen Zeit eine Deklaration, in der sie auffordert, wenn es notwendig wird, zur "Gewalt Zuflucht zu nehmen".

Wegen des starken Widerstandes der Gewerkschaften und deren Kampfschlossenheit, hat die Regierung davon Abstand genommen, die beiden reaktionären Gesetzentwürfe noch in der gegenwärtigen außerordentlichen Tagung der Diète einzubringen. Der allgemeine Gewerkschaftsrat hat den vorgesehenen Streik annulliert, er bleibt aber wachsam und hat das besondere Kampfkomitee aufrechterhalten, denn es ist möglich, daß die Entwürfe bei der normalen Session am Beginn des nächsten Jahres eingebracht werden.

Der allgemeine Gewerkschaftsrat ist vollständig unter Führung des linken Flügels der Sozialistischen Partei. Die einzigen Gewerkschaften, die heute noch unter der Führung von Stalinisten sind, gehören zur C.I.O. Japans, die 49.480 Mitglieder umfassen.

Die gegenwärtige Streikwelle wird dadurch charakterisiert, daß die Initiative von den sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgeht. Es sind dies Kämpfe von großer Ausdehnung, keine isolierten, von den sogenannten "roten" Gewerkschaften geführten Kämpfe. Der allgemeine Gewerkschaftsrat, der gewöhnlich von den Stalinisten als Bremsen und reaktionär bezeichnet wird, hat offen einen Kampf mit, wenn auch beschränkten, politischen Zielen begonnen. Diese überraschende Kühnheit der Gewerkschaftsführer ist nichts anderes als der Reflex des Bewußtseins und der wachsenden Kampfbereitschaft der proletarischen Massen. Die Führer sind gegenwärtig einem heftigen Druck ihrer Organisationen der Basis ausgesetzt.

Man muß hinzufügen, daß durch einen Beschluß des 10. Kongresses der Gewerkschaft der Staatseisenbahner, die "Mindō" - Organisation - Liga für die Demokratisierung der Gewerkschaften - gezwungen wurde, ihre eigene Auflösung anzukündigen. Die Mindō wurde ursprünglich geschaffen, um die diktatorische stalinistische Führung zu bekämpfen. Ihre Führer waren Reformisten der äußersten Rechten. Sie wurden vollständig aus der Führung der Eisenbahngewerkschaft entfernt. Wenn die gegenwärtigen Führer des allgemeinen Gewerkschaftsrates den Kampf nicht führen, werden sie ebenfalls schnell von der Basis hinweggefegt werden.

Der Zusammenbruch des rechten Flügels der sozialistischen Partei

Die oben erwähnten Ereignisse haben die Sozialistische Partei Japans zutiefst erschüttert. Durch den Friedens- und Sicherheitsvertrag hat die Sozialistische Partei eine ernste Krise durchgemacht und sich gespalten. Der rechte Flügel akzeptiert den Friedensvertrag und steht in Opposition zum Sicherheitspakt. Der linke Flügel opponiert gegen beide Verträge. Für den 22. und 23. Oktober wurde eine Sonderkonferenz über diese Frage einberufen. Seit dem 2. Oktober stritten der rechte und der linke Flügel über die Frage der Verträge im Zentralkomitee und im zentralen Exekutivkomitee. Nach drei Wochen Kampf kapitulierten die Führer des linken Flügels vor den Rechten, nahmen den Friedensvertrag an und opponierten gegen den Sicherheitspakt, und das nur, "um eine Spaltung der Partei zu vermeiden".

Als jedoch die Parteikonferenz zusammentrat, war eine große Mehrheit der Organisation der Basis entschieden gegen den Friedensvertrag und den Sicherheitspakt. Die Forderung der Basis beherrschte vollständig die Versammlung und gab den Führern der Linken gar keine Möglichkeit zum Manövrieren. Am 24. Oktober, nach der Abspaltung der Rechten, trat die Konferenz von neuem zusammen und beschloß, daß "die Partei gegen beide Verträge opponiere, um die Unabhängigkeit und den Frieden zu verteidigen, sie werde jeden Verräter, der diesen Beschluß verletzen wird, ausschließen".

Dies ereignete sich drei Tage bevor in der Diète über die Verträge abgestimmt wurde. Als sich die Sozialistische Partei vor zwei Jahren spaltete, nahmen die Zentristen eine versöhnlerische Haltung ein und vereinigten sich rasch wieder mit der Partei. Aber dieses Mal verhinderte sie die Basis daran, dies zu wiederholen. Sie wären genau so wie die Rechten davongejagt worden, wenn sie nur ein Wort davon gesprochen hätten.

Es ist klar, daß die Führer des linken Flügels der SP mit ihren "Vier Prinzipien" die aufsteigende Welle der Massenbewegung nicht führen können. Die Basis, besonders die Jugend, die den Beweis größter Kampfbereitschaft geliefert hat, braucht eine klare revolutionäre Perspektive, besonders vom internationalen Standpunkt.

Die Politik der KP Japans

Die wichtigsten Führer der Stalinisten, Tokuda, Nosaka und andere sind, trotz der Nachforschungen der Polizei, immer noch in der Illegalität. Im letzten Jahre spaltete sich die stalinistische Partei in zwei Fraktionen. Eine davon war die sogenannte "internationalistische" Fraktion unter der Führung von Yoshio Shiga (der zusammen mit Tokuda und Nosaka das Triumvirat der Partei bildete), der versuchte, die Fraktion Tokuda-Nosaka zu kritisieren. In ihren "Kritiken" zeigte die "internationalistische" Fraktion eine Tendenz,

die die führende Rolle des Proletariats unterstellt. Unter dem Druck von Moskau und Peking wurde aber die "internationalistische" Fraktion fast vollständig liquidiert. Shiga hat schon lange seine "Selbstkritik" abgelegt und auf den Kampf verzichtet.

Die KP hat in einer geheimen im letzten August abgehaltenen Konferenz neue Thesen angenommen, in welchen folgendes festgestellt wird:

1. Die amerikanische Okkupation, die zu einer permanenten Einrichtung gemacht wurde, beherrscht nun Japan vollständig und die Regierung Yoshida ist die geistige und politische Stütze dieser Bsetzung.

2. Die Politik des amerikanischen Imperialismus gegenüber Japan bedeutet die vollständige Beseitigung der japanischen Industrie, den Bankerott der japanischen Unternehmer, die gesteigerte Ausbeutung des Volkes, Zwangsarbeit für den Krieg und die Beraubung Japans von seinen letzten Möglichkeiten, vom Außenhandel zu leben.

3. Es ist möglich, nicht nur die Arbeiter und Bauern, sondern auch die kleinen Fabrikanten und Händler, ja sogar eine breite Schichte von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in einer vereinigten nationalen Front, die für eine demokratische Regierung der nationalen Befreiung kämpft, zu mobilisieren. Man muß es der Arbeiterklasse verständlich machen, daß es notwendig ist, diese "Shokun" (eine sehr freundliche Bezeichnung für diese "Persönlichkeiten") für die Einheitsfront zu gewinnen.

4. Die reaktionären, antinationalen Kräfte Japans sind der Tenno, d.h. die ehemaligen reaktionären Militärs, die privilegierten Bürokraten, die parasitären Grundbesitzer und die Monopolisten.

5. Die japanischen Bauern besitzen nur kleine Stückchen und dabei den schlechtesten Boden, da der beste Boden in den Händen der parasitären Großgrundbesitzer und anderer großer Landeigentümer ist. Um den Bauern genügend Land zu verschaffen, genügt es, den im Besitz der parasitären Großgrundbesitzer und der anderen großen Landeigentümer befindlichen Böden zu konfiszieren und ihn gratis an die Bauern zu verteilen. Eine solche Maßnahme würde nicht nur den Bauern genügend Land verschaffen, sondern es würde noch Land als Reserve übrig bleiben."

Alle diese Positionen sind vollständig falsch.

1. Es ist der japanische Kapitalismus unter der Führung der Monopolisten, der heute Japan direkt beherrscht. Dieser Kapitalismus ist dem amerikanischen Kapitalismus untergeordnet und wird von diesem akzeptiert und unterstützt. Auf Grund ihrer ökonomischen Abhängigkeit gegenüber dem amerikanischen Kapitalismus und auf Grund verschiedener Einschränkungen, die dem Friedensvertrag und dem Sicherheitspakt entspringen, werden die japanischen Monopolisten gezwungen sein, die Ausbeutung sowohl gegenüber den Arbeitern und Bauern als auch gegenüber den mittleren und kleinen Kapitalisten zu intensivieren. Die Regierung Yoshida ist nicht nur ein Instrument des amerikanischen Imperialismus, sondern sie ist die direkte Agentur der schlimmsten Ausbeutung der japanischen Kapitalisten. Die Stalinisten erklären, daß sich der politische Kampf der japanischen Arbeiterklasse hauptsächlich gegen den amerikanischen Imperialismus richten müsse und daß daher dieser Kampf kein Klassenkampf, sondern ein nationaler Kampf sei. Nach ihnen strebt Japan nicht einer proletarischen, sondern einer nationalen Befreiungsrevolution entgegen. Um sich dieser Position anzupassen, haben sie aus ihrem Programm alle sozialistischen Forderungen, wie die Nationalisierung der Banken, der wichtigsten Industrien und des Bodens gestrichen.

2. Es ist nicht weniger falsch zu sagen, daß der amerikanische Imperialismus entschlossen sei, die japanische Industrie vollständig auszuschalten und die japanischen Unternehmer zugrunde zu richten. In Wirklichkeit will der japanische Imperialismus diese Industrie

ausbeuten und ausnützen. Er ist gezwungen, dies zu tun. Aber um dies tun zu können, muß er diese Industrien stärken, unterstützen und mithelfen, daß sie funktionieren, um dem japanischen Imperialismus die Möglichkeit zu geben, unter seinem Einfluß zu leben. Die dem japanischen Kapitalismus gegebene Hilfe wird dessen ökonomische und politische Abhängigkeit gegenüber dem amerikanischen Imperialismus immer mehr verstärken. Diese wachsende Abhängigkeit wird ihrerseits die japanischen Imperialisten zwingen, die Ausbeutung und damit auch den Klassenkampf in ihrem Lande zu intensivieren. Der so durch die direkte Abhängigkeit des japanischen Kapitalismus vom amerikanischen Imperialismus intensivierte Klassenkampf muß unvermeidlich einen politischen und internationalen Charakter annehmen.

3. Es ist vollständig falsch, den Tenno und die parasitären Großgrundbesitzer auf dieselbe Ebene zu stellen wie die Monopolkapitalisten Japans. Als Folge der von der amerikanischen Okkupationsmacht über die japanische Regierung durchgeführten Agrarreform sind, was den pflugbaren Boden anbelangt, die rein parasitären Großgrundbesitzer alle liquidiert worden. Das reine Pächterwesen ist ebenfalls beseitigt worden. Diejenigen, die wirklich den Boden bearbeiten, sind bis zu einem bestimmten Grad berechtigt, über ihn zu verfügen. Der restliche Boden wurde ehemaligen Pächtern und armen Bauern überlassen, zu einem reduzierten Preis und einer langen Zahlungsperiode.

Es ist richtig, daß es noch immer reiche und sehr arme Bauern gibt. Aber es gibt keine rein parasitären Großgrundbesitzer mehr. Trotz der Aufteilung durch die Agrarreform haben die armen Bauern große Schwierigkeiten, ihren neuen Boden zu erhalten, da es ihnen an Mitteln fehlt. Obwohl die Reform vorübergehend den Land hunger der Bauern gestillt hat, zeigen die wachsenden Schwierigkeiten dieser Bauern, daß der gegenwärtige Plan die Agrarfrage einfach durch die Aufteilung des Bodens in kleine Stücke nicht realisierbar ist. Was die Möglichkeit, Boden als Reserve zu behalten, betrifft, so ist dies purer Unsinn! Es ist ebenfalls falsch zu sagen, daß die Mennogruppe ebenso mächtig und herrschend wie der Monopolkapitalismus, oder ebenso unabhängig wie dieser sei. Die ehemaligen Militärs bemühen sich zwar, wieder hinaufzukommen, aber sie sind gegenwärtig machtlos. Sie können nur wieder auftauchen als Handlanger der Monopolisten, aber sie bleiben abhängig von diesen. Die Stalinisten sind gegen die Aufrüstung und gegen den Krieg, sie sind für den Frieden und die Beschränkung der Aufrüstung, sie sind für Verhandlungen zwischen den großen Fünf, um diese Ziele zu erreichen. Heute, wo jede wichtige Frage unvermeidlich einen internationalen Charakter annimmt, ist es reaktionär, einen Kampf für die nationale Unabhängigkeit allein zu führen. Für die japanischen Massen ist es eine elementare Konzeption, daß sie auch dann nicht leben können, wenn die nationale Unabhängigkeit in Bezug auf die fremde Beherrschung realisiert würde. Die nationalen Grenzen sind ein nicht weniger fatales und unmittelbares Hindernis für die Aufrechterhaltung ihrer Existenz, als das Privateigentum. Die Katastrophe des zweiten Weltkrieges hat gezeigt, daß die Handelsfreiheit zwischen unabhängigen Ländern die grundlegenden Probleme nicht lösen kann, sondern daß dies nur einer Föderation von sozialistischen Staaten möglich ist. Als ersten Schritt zu den Vereinigten Staaten der Welt muß man nicht für die nationale Unabhängigkeit, sondern für eine Föderation sozialistischer Staaten, für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Asien eintreten.

Der Kampf für den "Frieden" von der heutigen abstrakten Art zeigt nur von einem vollständigen Unverständnis für die Übergangsnatur unserer Epoche. Die Arbeiterklasse, deren historische Aufgabe es ist, diesen Übergang zu realisieren, ist im Angriff, um

- 7 -

diese revolutionäre Änderung im Weltmaßstab durchzuführen. Sie ist für revolutionäre Kämpfe und Kriege. Um ihre historische Mission verwirklichen zu können, muß die Arbeiterklasse verstehen, daß es notwendig ist, jedesmal, wenn Gelegenheit dazu ist, sich zu bewaffnen. Wenn sich das Proletariat der Wiederaufrichtung des Kapitalismus entgegenstellt, kann es und darf es sich nicht der Wiederaufrüstung im allgemeinen entgegenstellen, besonders wenn ganz Asien in revolutionären Erhebungen begriffen ist. Man muß die Selbstbewaffnung der Arbeiter der kapitalistischen Wiederaufrüstung, die dazu bestimmt ist, die Volkserhebungen niederzuschlagen, gegenüberstellen.

Tokio, den 21. November 1951.

Leninismus und Stalinismus

SIND DIE TROZKISTEN RICHTIGE KRITIKER DES STALINISMUS?

In seinem lesenswerten Buch über "Drei Männer, die die Welt erschütterten"¹⁾ wirft der amerikanische Historiker Bertram D. Wolfe - jetzt fortschrittlicher Liberaler, früher wahrscheinlich Kommunist - eine interessante Frage auf. Er schildert das Werden der Persönlichkeit Stalins und charakterisiert sie in Übereinstimmung mit Trotzki als Mittelmäßigkeit auf dem Gebiet der politischen Schriftstellerei, der Redekunst und der Theorie. Dann führt er aus:

"Aber als anfangs untergeordneter Teil von Lenins Maschine, dann als ihr Benützer, Umformer und Vergrößerer hat Stalin wenige seinesgleichen. 1905 und 1917, die heroischen Jahre, da die Maschine unfähig war, die Flut des überströmenden Lebens aufzuhalten, werden Trotzki als flammenden Volkstribun in den Vordergrund bringen, werden Lenins Fähigkeit, sich über die Grenzen der Struktur seines Dogmas erheben zu können, zeigen und werden Stalin, den eigentlichen Maschinenmenschen, in den Hintergrund verbannen. Aber kein Volk kann dauernd in Fieberhitze leben, und als der Tag vergangen und Lenin tot war, schlug die Stunde des eingefleischten Maschinenmenschen.

Ich will damit nicht sagen, daß Dschugaschwili wirklich völlig im organisatorischen Fetischismus und in den leninistischen Formeln befangen war, die Lenin selbst 1905 und 1917 zu bekämpfen hatte. Ich will auch nicht annehmen, daß die unwilligen Briefe Lenins von 1905 im allgemeinen oder im besonderen an Dschugaschwili gerichtet waren, von dessen bloßer Existenz er kaum noch unterrichtet war. Die Eigenschaft Lenins, die Wladimir Iljitsch selbst, wenn nötig, unterdrücken konnte, zog alle 'harten Berufsrevolutionäre' an, die durch natürliche Auslese schließlich die Hauptmasse seines Stabes ausmachten. Wenn Dschugaschwili in dieser Hinsicht allein gestanden wäre, so wäre es unmöglich, zu erklären, wie er imstande war, eines Tages den Führersitz einzunehmen, als Lenins Tod ihn freigab.

'Er war der Komitetschik reinsten Wassers' schrieb Trotzki in seinem postumem Stalin. 'Da er die persönlichen Qualitäten zur direkten Beeinflussung der Massen nicht besaß, klammerte er sich mit doppelter Zähigkeit an die politische Maschinerie. Sein Komitee war für ihn die Weltachse; erst das von Tiflis, dann das von Baku, das Kaukasische, bis es schließlich das

¹⁾ Bertram D. Wolfe: Drei Männer, die die Welt erschütterten. Wien 1951

Zentralkomitee wurde. Seine blinde Loyalität gegenüber der Parteimaschinerie sollte sich mit außerordentlicher Stärke zur rechten Zeit entwickeln; aus dem Komiteemann wurde der Supermaschinenmann, der Generalsekretär, die wahre Personifikation der Bürokratie, ihr unvergleichlicher Führer...'

Ganz richtig! Und Trotzki konnte mit vollem Recht kritisch sein, denn als einziger der bolschewistischen Führer, die die Oktoberrevolution 1917 gemacht haben, hatte er 14 Jahre lang gegen Lenins Maschinerie ausgehalten und sie kritisiert. Hatte er nicht mit einer an Cassandra mahnenden Voraussicht die Warnung ausgesprochen, die uns schon vertraut ist? 'Die Parteiorganisation wird den Platz der Parteimaschine einnehmen; das Zentralkomitee wird den Platz der Organisation einnehmen und schließlich wird der Diktator den Platz des Zentralkomitees einnehmen.' Wurde jemals eine Prophezeiung in der Geschichte schicksalshafter erfüllt? Und doch, wenn wir Trotzkijs kritische Bemerkungen zum 'Komitetschik reinsten Wassers' lesen, die sich auf Stalins wenig zahlreiche und nicht originelle Schriften des denkwürdigen Jahres 1905 stützen, so erinnern wir uns, daß auch Trotzki 1917 dazu kam, Lenins Maschine zu akzeptieren. Sobald er aber einmal Lenins Auffassung der Maschine geschluckt hatte, wurde es da nicht in immer wachsendem Maße unausweichlich, daß die Maschine ihrerseits ihn verschlucken und an ihm als Schulbeispiel alle seine früheren Ahnungen zur Wahrheit werden lassen würde? Und doch sollte sich bis zu dem Tag, an dem ein Agent dieser Maschine einen Eispickel in seinen Hinterkopf schlug, seine Kritik nie mehr gegen die Maschine als solche richten, sondern nur gegen ihren Gebrauch oder Mißbrauch durch Stalin. In dem unvollendeten "Leben Stalins", das der Tod beendete, sollte Trotzki einer neuen, grundlegenden Kritik der leninistischen Auffassung der Organisation in gefährliche Nähe kommen, sich jedoch vor ihr zurückziehen wie der Tintenfisch in einer Flut seiner eigenen Tinte: 'Es ist beinahe eine Versuchung', sagt er an einer Stelle, 'den Schluß zu ziehen, daß der zukünftige Stalinismus bereits im bolschewistischen Zentralismus wurzelte oder allgemeiner in der Untergrundhierarchie der Berufsrevolutionäre.....'

Beinahe eine Versuchung - aber er will sich nicht versuchen lassen. In diesem ganzen leidenschaftlichen unvollendeten letzten Buch wagte er nirgends, Lenins Maschine einer echten Überprüfung zu unterziehen, jene Maschine, die, nach Trotzki, 'nicht von Stalin geschaffen wurde, sondern ihn schuf', den absoluten, persönlichen Diktator, die eine allzu bequeme Möglichkeit bot, den 'Führersitz zu usurpieren'. Denn in dem Augenblick, da er einmal Lenins Maschine und Organisationsdoktrin anerkannt hatte, reduzierte Trotzki sich selbst und seine Rolle als eines echten Kritikers des 'Stalinismus' auf einen Prätendenten, der den Usurpator anklagt. *)

Soweit die Ausführungen Wolfes; es lohnt sich, auf sie einzugehen.

"Der Stalinismus ist die Konsequenz des Leninismus!"

Nach Wolfe ist der Stalinismus die Konsequenz des Leninismus. Nicht nur in dem angeführten Zitat, sondern immer wieder kommt Wolfe auf jenen Satz zurück, den Trotzki Jahre vor dem ersten Weltkrieg in einer Polemik gegen Lenin geschrieben hat, wonach zuerst die Parteiorganisation die Partei verdrängen und deren Führung über

*) Wolfe: Drei Männer, S. 559/60.

eine immer enger werdende Gruppe schließlich einem Diktator zu-
fallen muß. Die Behauptung, daß der Stalinismus im Leninismus
wurde, ist an sich nicht neu; sie gehört zum ständigen Repertoire
der sozialdemokratischen Kritik am Bolschewismus. Zwischen der
Argumentation der SP und jener Wolfes besteht jedoch ein diame-
traler Unterschied. Für die SP ist der Stalinismus der unvermeid-
liche Ausgang der Diktatur des Proletariats. Wer im Klassenkampf
auf die Demokratie verzichtet, wer den Gegner mit Gewalt nieder-
wirft, der sucht sein Heil immer wieder in der Gewalt; nach der
Diktatur über die Bourgeoisie kommt die Diktatur über die großen
Massen der Bauern, über die Arbeiter, über die Gewerkschaften und
schließlich über die eigene Partei. Hier ist eine Spirale, die
sich immer mehr verengt; hier ist abermals der Beweis, daß die
Revolution ihre eigenen Kinder frisst und daß, wer zur Gewalt greift,
durch Gewalt umkommt.

Die Argumentation Wolfes geht den entgegengesetzten Weg. Nach
ihm hat die totalitäre Diktatur Stalins ihren Ausgangspunkt in der
Eigenart der von Lenin aufgebauten Partei oder genauer gesagt, in
der leninschen Organisationsdoktrin. Wolfe meint, die bolschewisti-
sche Partei wäre schon vor 1917 keine echte demokratische Gemein-
schaft Gleichgesinnter gewesen, sondern eine Hierarchie von Be-
rufsrevolutionären, eine aus Menschen zusammengefügte Maschine,
innerhalb derer die einfachen Mitglieder und untergeordneten
Funktionäre nur Schraubchen, bloße Vollstrecker der Anordnungen
der Parteiführung waren; innerhalb der Führung war letzten Endes
der Wille eines Einzigen maßgebend. Solange dieser Einzige Lenin
hieß, sei der antidemokratische Charakter des bolschewistischen
Organisationsprinzips nicht so kraß sichtbar gewesen. Wie beinahe
alle russischen Revolutionäre seiner Generation war auch Lenin
im Grunde seines Wesens dem Denken des westlichen Humanismus tief
verhaftet; die Methoden, mit deren Hilfe sich der leninsche To-
talitarismus innerhalb von Partei und Arbeiterbewegung durchge-
setzt habe, sei die der rücksichtslosen geistigen Auseinander-
setzung und - als äußerste Konsequenz jenen gegenüber, die sich
nicht unterordnen ließen - die organisatorische Trennung von den
Andersdenkenden gewesen. Stalin, ans Steuer der Parteimaschine
gekommen, habe diese Methoden durch Polizeimethoden ersetzt und
gegen seine Gegner in der Partei physische Gewalt angewendet. Die
Wurzel hierfür, daß dies überhaupt möglich gewesen sei, liege im
leninschen Totalitarismus, in der besonderen Eigenart der von
Lenin aufgebauten Partei. Es sei klar, daß sich die totalitären
Züge des innerorganisatorischen Regimes notwendigerweise auf den
Staat übertragen müssen, sobald eine solche Partei an die Macht
kommt.

Die leninsche Organisationsdoktrin

Indem er Trotzki zitiert, nennt Wolfe die besondere Eigenart
der von Lenin aufgebauten Partei, aus der der Stalinismus entsprungen
sein soll, beim Namen: es ist der "bolschewistische Zentralismus".
Nun ist der Zentralismus zwar ein wichtiges, bei weitem jedoch nicht
das einzige Element der Organisationsdoktrin Lenins.

Lenin hat diese Doktrin als Teil seiner allgemeinen Auffassungen
über die Rolle der Partei im Klassenkampf zuerst - und beinahe er-
schöpfend - im Jahre 1902 in seiner Broschüre "Was tun?" entwickelt.
Er geht von Karl Kautsky aus, dessen Kritik über den Entwurf für
das neue Programm der österreichischen Sozialdemokratie er zitiert
und zustimmend kommentiert. Kautsky sagt folgendes (wir drängen
zusammen; der genaue Text ist bei Lenin: Ausgewählte Werke, Moskau
1946, Bd. I, S 199 ff. zu finden): Manche Kritiker des Marxismus

nehmen an, Marx hätte behauptet, die ökonomische Entwicklung und der Klassenkampf schufen nicht nur die Vorbedingungen sozialistischer Produktion, sondern auch direkt die Erkenntnis ihrer Notwendigkeit (d.h. das sozialistische Bewußtsein). Das ist aber falsch. Der Sozialismus als Lehre wurzelt allerdings ebenso in den heutigen ökonomischen Verhältnissen wie der Klassenkampf des Proletariats; aber beide entstehen nebeneinander, nicht auseinander und unter verschiedenen Voraussetzungen. Das moderne sozialistische Bewußtsein kann nur entstehen auf Grund tiefer wissenschaftlicher Einsicht. Der Träger der Wissenschaft ist aber nicht das Proletariat, sondern die bürgerliche Intelligenz; in einzelnen Mitgliedern dieser Schicht ist denn auch der moderne Sozialismus entstanden und von ihnen in den Klassenkampf des Proletariats hineingetragen worden - das sozialistische Bewußtsein ist etwas in den proletarischen Hineingetragenes, nicht etwas aus ihm erwachsenes. Zur Aufgabe der Sozialdemokratie gehöre, das Proletariat mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgaben zu erfüllen. - Auf Grund der Ausführungen Kautskys, aber schärfer als dieser, formulierte Lenin die Theorie über die führende Rolle der Partei: Die Partei hat die Aufgabe, den spontanen Kampf der Arbeiterklasse mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu verbinden und ihn gemäß der Einsichten des letzteren zu leiten.

Die Zusammenfassung der vielen Einzelkämpfe der Arbeiterklasse zu einem wohlüberlegten großen, sinnvollen Feldzug zum Sturz des Kapitalismus und zum Aufbau einer neuen sozialistischen Ordnung verlangt zunächst, daß die Bewegung, die diesen Feldzug leitet - die Partei - selbst organisatorische Kontinuität besitzt. Nur so kann die "Handwerkerei" zugunsten einer planvollen, auf wissenschaftlichen Einsichten beruhenden Arbeit überwunden, aus der Erfahrung rationell gelernt und die Arbeiterklasse, die Massen für den Sozialismus erzogen werden. Von einer Kontinuität der russischen sozialdemokratischen Bewegung war indessen im Jahre 1902 keine Rede; die Polizei zerschlug immer wieder die jungen Organisationen und verhinderte deren Zusammenfassung zu einer gesamt-russischen Arbeiterbewegung. Eine opportunistische Strömung - die sogenannten "Ökonomen" - zog daraus den Schluß, daß sich der Kampf für die Aufrechterhaltung der organisatorischen Kontinuität der Bewegung nicht lohne, da sie ja doch immer wieder von der zaristischen Polizei unterbrochen werde, und baute auf dieser "Erkenntnis" eine förmliche Theorie auf: die Arbeiterklasse solle den politischen Kampf, der unter diesen Bedingungen nicht möglich sei, links liegen lassen und sich nur auf ökonomische Kämpfe beschränken; diese seien auch ohne Zusammenfassung zu einer Gesamtbewegung möglich. Den politischen Kampf sollen die Arbeiter der liberalen Bourgeoisie überlassen, deren Aufgabe die Aufrichtung der bürgerlichen Demokratie sei. Lenin war anderer Meinung. Für ihn ist der Kampf für die Aufrechterhaltung der organisatorischen Kontinuität der erste Schritt auf dem Weg zur Bildung einer gesamt-russischen Arbeiterpartei; er fordert den Aufbau einer aus Kämpfern von hoher revolutionärer Qualität zusammengesetzten Organisation, die den Anforderungen des Kampfes gegen die politische Polizei gewachsen ist - eine "Verschwörerorganisation", gebildet aus "Berufsrevolutionären". "Wir wandten uns stets gegen die Einengung des politischen Kampfes zu einer Verschwörung und werden uns natürlich auch weiter dagegen wenden", schreibt er, "aber das bedeutet freilich keineswegs, daß wir die Notwendigkeit einer starken revolutionären Organisation leugneten..... Ihrer Form nach kann eine derartige festgefügte revolutionäre Organisation in einem absolutistischen Lande auch eine "Verschwörer"-Organisation genannt werden, denn das französische Wort "conspiration" entspricht dem russischen Wort für "Verschwörung"; Konspiration aber tut einer solchen Organisation im höchsten / Klassenkampf

Grade not. Konspiration ist eine so unumgängliche Vorbedingung für eine solche Organisation, daß alle anderen Bedingungen (die Zahl der Mitglieder, ihre Auslese, ihre Funktionen usw.) ihr angepaßt werden müssen." 1). Einige Zeilen später sagt Lenin, daß eine solche Organisation "notgedrungen zentralistisch ist". "Nur eine zentralisierte Kampforganisation, die die sozialdemokratische Politik konsequent durchführt und sozusagen alle revolutionären Instinkte und Bestrebungen befriedigt, ist imstande, die Bewegung vor einem unüberlegten Angriff zu bewahren und denjenigen Angriff vorzubereiten, der Erfolg verspricht!" 2).

Bereits damals begegnete Lenin dem Einwand, daß eine solche Organisation dem "demokratischen Prinzip" widerspräche. Er verweist zunächst auf die deutsche Sozialdemokratie, die von ihren bürgerlichen Gegnern immer wieder gehänselt werde: "Schöne Demokraten seid ihr! Nur in Worten habt ihr eine Bewegung der Arbeiterklasse, in Wirklichkeit aber tritt immer dieselbe Führersippe auf. Immer derselbe Debel, derselbe Liebknecht, jahraus, jahrein, von einem Jahrzehnt zum andern. Ihre angeblich gewählten Abgeordneten der Arbeiterschaft sind noch weniger absetzbar als die vom Kaiser eingesetzten Beamten." Dann sagt er: "Das politische Denken der Deutschen ist schon entwickelt genug, sie haben genügend politische Erfahrung gesammelt, um zu verstehen, daß es ohne ein 'Dutzend' talentvoller (Talente aber kommen nicht zu Hunderten zur Welt), bewährter, beruflich durchgebildeter und in langen Jahren geschulter Führer, die ausgezeichnet aufeinander eingespielt sind, in der heutigen Gesellschaft keinen zähen Kampf irgendeiner Klasse geben kann" 3). Unter den Bedingungen der Illegalität, unter denen die Forderungen der Konspiration an erster Stelle stünden, könne von Demokratie im Sinne des bürgerlichen Parlamentarismus - daß nämlich die gesamte Tätigkeit der Partei sich in voller Öffentlichkeit abspiele, daß alle Parteimitglieder an der Wahl aller Parteifunktionäre teilnehmen usw. - keine Rede sein. Anstelle der unter solchen Bedingungen schädlichen "spielerischen Formen" der Demokratie müsse ein anderer Demokratismus treten, der sich auf die strengste Auslese der Parteimitglieder und auf das vollkommene Vertrauen dieser zueinander gründe. Die Kritik an einer solchen Organisationsform, soweit sie ehrlich gemeint ist, entspringt letzten Endes naiven und verworrenen Vorstellungen über das Wesen der Demokratie überhaupt, einem "primitiven Demokratismus", den die Arbeiter erst nach langen geschichtlichen Erfahrungen überwinden, bis sie einsehen, daß man auch in Arbeiterorganisationen einerseits Vertretungskörperschaften und andererseits Berufsfunktionäre braucht 4).

Fassen wir die beiden wichtigsten Elemente der leninschen Organisationsdoktrin zusammen: den Zentralismus, der die Kontinuität der Arbeit und die Führung der Partei durch ein "Dutzend" talentvoller Führer sichert; eine Demokratie, die auf spielerische Formen verzichtet und sich auf die Qualität der Kader der Organisation, vor allem aber auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Führung gründet, geduldig und ausdauernd an der Erziehung der Kader zu arbeiten, um sie auf das Niveau der Führung zu heben.

Warum demokratischer Zentralismus?

Kritiker werden einwenden: Wir geben zu, daß unter den Bedingungen, wie sie im Jahre 1902 in Rußland gegeben waren, andere Organisationsformen notwendig waren als in demokratischen Ländern.

1) LENIN: Ausgewählte Werke, Moskau 1946, Bd. I, S. 277/78

2) Ebenda S. 279.

3) Ebenda S. 267.

4) Ebenda S. 279 ff.

Wir geben zu, daß unter solchen Bedingungen die Konspiration eine große und berechtigte Rolle spielt, daß andererseits dieselbe Konspiration einen starken Zentralismus notwendig und eine demokratische Kontrolle der Führung beinahe unmöglich macht. Doch warum hat die bolschewistische Partei zu einer Zeit, als es keinen Zarismus mehr gab und sie selbst schon an der Macht war, dieses Prinzip des demokratischen Zentralismus nicht nur beibehalten, sondern seine Anerkennung zur ausdrücklichen Bedingung für die Zugehörigkeit anderer Parteien zur Kommunistischen Internationale gemacht? In England, in Frankreich, in der Schweiz, in den USA, um nur die wichtigsten der demokratischen Länder zu nennen, gab es schon viele Jahrzehnte lang die bürgerlichen Freiheiten. Warum also die Notwendigkeit, von den kommunistischen Parteien dieser Länder die Anerkennung eines Organisationsprinzips verlangen, das unter gänzlich andersgearteten Umständen entstanden und nur für diese notwendig war? Der Fehler, dessen sich solche Kritiker - und Wolfe gehört zu ihnen - schuldig machen, ist, daß sie die bürgerliche Demokratie (und mit ihr meistens den Kapitalismus selbst) für so festgegründet halten, daß sie sich eine Änderung überhaupt nicht vorstellen können. Die Erfahrungen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts müßte sie jedoch eines anderen belehren. Die Periode der "ruhigen", "friedlichen" Entwicklung und Ausweitung des Kapitalismus ist für immer dahin. Zwei Weltkriege und eine Serie von Revolutionen, die immer größere Massen erfaßt, kennzeichnen die letzten fünf Jahrzehnte. Mit dem Schwinden ihrer Kolonialmacht wurde der bürgerlichen Demokratie in Europa der Lebensnerv abgeschnürt. In den USA hat sich treibhausartig ein Supermilitarismus entwickelt, unter dessen Last die Demokratie zusammenzubrechen droht. Eine neue Krise des amerikanischen Kapitalismus ist unvermeidlich; gleichgültig, ob die Dollarimperialisten ihr vorzeitig durch einen neuen Weltkrieg auszuweichen versuchen werden oder nicht, wird sie die bisherigen Beziehungen der Klassen in den USA und in allen von den USA abhängigen Ländern (und das ist heute die halbe Welt) auf den Kopf stellen. Wir nähern uns rasch einer Periode, in der die schon so lange anhaltende Stagnation des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern nicht nur ihr Ende finden, sondern der Klassenkampf in kürzester Zeit in den Bürgerkrieg übergehen wird. Innerhalb einer solchen Perspektive bleibt kein Platz für irgendwelche Überreste der bürgerlichen Demokratie. Diese Perspektive ist indes nichts Neues; die Marxisten haben sie schon vor Jahrzehnten gestellt und den Imperialismus als jene Epoche charakterisiert, in der die bürgerliche Demokratie von einer Serie imperialistischer Kriege und internationaler Revolutionen abgelöst wird. In den Gründungsdokumenten und im Programm der Kommunistischen Internationale sind diese Erkenntnisse enthalten, was wunder, wenn daraus die Konsequenz gezogen und die jungen kommunistischen Parteien auf Grund der Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut wurden, die sie allein instand gesetzt hätten, ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen!

Zentralismus und Demokratie

Wenn Wolfe (und mit ihm alle gleichgearteten liberalen und sozialdemokratischen Kritiker am Bolschewismus) den Zentralismus in Gegensatz zur Demokratie setzen, übersehen sie eines: es hat in der Praxis noch nirgends eine Demokratie gegeben, die ohne Zentralismus ausgekommen ist. Der Zentralismus ist das notwendige Korrelat jeder Demokratie! Nur der Anarchismus leugnet das - eine der Ursachen seines Versagens.

Es gab und gibt keinen modernen demokratischen Staat, der nicht nach dem zentralistischen Prinzip aufgebaut wäre. Das gilt auch für Bundesstaaten wie die kleine Schweiz und die großen USA; in beiden Staaten gibt es zentrale Bürokratie, zentrales Parlament und Zentralregierung. Übrigens ist die Geschichte der bürgerlichen Demokratie mit dem Kampf für den zentralistischen Staat untrennbar verbunden. Wir brauchen uns nur an die französische Revolution erinnern, in der die konsequenten Demokraten zugleich die lautesten Verfechter der einen, unteilbaren zentralistischen Republik waren. Wir sehen also, daß die "demokratischen" Kritiker am "bolschewistischen Zentralismus" zumindest auf einem Auge blind sind; den Zentralismus innerhalb der bürgerlichen Demokratie bemerken sie einfach nicht.

Sie sehen aber auch über etwas anderes hinweg. Hat der Zentralismus der leninschen Partei wirklich jede Demokratie ausgeschaltet und die Partei zum Instrument einer autokratischen Führung gemacht? Zwei Episoden aus der Geschichte des Bolschewismus seien herausgehoben und zwar aus der Zeit, als der Bolschewismus schon an der Macht war. Es ist bekannt, daß die Frage, ob der junge Sowjetstaat mit dem deutschen Imperialismus einen Sonderfrieden schließen solle, in der bolschewistischen Partei schwere Meinungsverschiedenheiten hervorrief. Die "linken Kommunisten" mit Bucharin an der Spitze, bezeichneten einen Sonderfrieden als Verrat und forderten den "revolutionären Krieg" gegen Deutschland. Lenin und Trotzki (zwischen denen selbst taktische Differenzen über den Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages bestanden), schätzten im Gegensatz zu ihren "linken" Opponenten die Lage realistischer ein; sie wußten, daß die Sowjetrepublik, aller Truppen, aller Mittel für eine Kriegsführung entblößt, den "revolutionären Krieg" höchstens als Phrase führen konnte und daß ein Zusammenbruch unvermeidlich war. Die Bourgeoisie und die weiße Konterrevolution warteten nur auf den Einmarsch der Deutschen. Die linken Sozialrevolutionäre - Koalitionspartner der Bolschewiki mit großem bürgerlichen Anhang - gingen zu Sabotage und Terror über, um den "revolutionären Krieg" zu erzwingen. In dieser Situation, in der die Sowjetmacht vom Untergang bedroht erschien, wurden dennoch die Differenzen innerhalb der Partei und innerhalb der zentralen Sowjetinstitutionen in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Soweit noch Erinnerungen der daran Beteiligten über die Episode von Brest-Litowsk, die nicht von der GPU verfälscht sind, vorliegen, dachte eben damals innerhalb der bolschewistischen Partei niemand daran, die Differenzen etwa nach der Methode Stalins durch Ausschluß aus der Partei und anschließender Verhaftung usw. auszutragen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß Lenin am Vorabend des Oktoberaufstandes den Ausschluß der "Streikbrecher" Sinowjew und Kamenew nicht deshalb verlangt hatte, weil sie in Bezug auf den Aufstand anderer Meinung als Lenin und die Mehrheit des Zentralkomitees gewesen waren, sondern weil, nachdem die Partei den Beschluß zum Aufstand gefaßt hatte, die beiden diesen Beschluß nicht anerkannt und zur menschenwürdigen Presse liefen, um von dieser anrüchigen Position aus ihren Kampf fortzusetzen. Demokratische Vorbereitung und Beschlußfassung, aber dann auch für die Minderheit unbedingte Disziplin in der Aktion, das war es, was Lenin stets gefordert hat!

Das zweite Beispiel dafür, daß die Parteikongresse unter Lenin einen wahrhaft demokratischen Konvent darstellten, gab die große Gewerkschaftsdiskussion im Jahre 1922, in der es um die Stellung der Arbeiter innerhalb des Systems der verstaatlichten Industrie und die Rolle der Gewerkschaften beim Wirtschaftsaufbau ging. Hierbei kam es nicht nur zu einer grossen, in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Meinungsverschiedenheit zwischen Lenin und Trotzki, sondern es trat auch (neben minder wichtigen Gruppen) eine sogenann-

te Arbeiteropposition unter Kratschkowski und Schljapnikoff auf. Wir wollen auf den Inhalt dieser Differenzen nicht eingehen; aber sogar dann, als nach Abschluß der Diskussion Lenin, um die Einheit der Partei zu retten, das Verbot der Fraktionsbildung durchgesetzt hatte, dachte Lenin nicht daran, gegen die Führer der "Arbeiteropposition" irgendwelche administrative Maßnahmen durchführen zu lassen oder sie aus der Partei zu drängen. Die Partei war damals ein lebender Organismus, kein toter Monolith, der mit seinem Gewicht jede Spur von Demokratie sordrückt. - Soweit aus der Geschichte der bolschewistischen Partei. Wolfe erklärt uns nicht, warum unter Lenin, trotz ihrer zentralistischen Verfassung und trotzdem die Partei bereits über den staatlichen Machtapparat verfügt hat, Meinungsverschiedenheiten in der Partei durch demokratische Diskussion und Abstimmung und nicht mit dem Mauser der GPU ausgetragen worden sind. Die aus dem Arsenal der sogenannten personellen Geschichtsschreibung entlehnte Ansicht, der Grund hierfür liege in der trotz allem humanen Denkungsart Lenins, kann vom Standpunkt des historischen Materialismus, der die Geschichte als Ergebnis objektiver Vorgänge im Massenmaßstab erklärt, nicht ernst genommen werden.

Demokratie und Klassenkampf

Wenn Wolfe meint, daß in der Organisationsdoktrin Lenins mehr, als die russischen Marxisten und Lenin selbst es wahrhaben wollten, die antidemokratische, terroristische Tradition der vormarkistischen Generation der russischen Revolutionäre - der Narodniki - ihre Fortsetzung gefunden habe und daß eben daraus das terroristische Regime Stalins entspringt, so ist er auf dem Holzweg. Nicht nur aus der Lektür von "Was tun?", sondern aus der aller anderen Schriften Lenins aus der Zeit vor 1914 läßt sich mühelos nachweisen, daß das große Vorbild Lenins die deutsche Sozialdemokratie war. Wolfe, der in Lenin einen Doktrinär sieht, begeht selbst einen doktrinären Fehler. Er klammert sich zur Erklärung des Ursprunges einer bestimmten gesellschaftlichen Erscheinung - der totalitären stalinistischen Diktatur - an die im Jahre 1902 konzipierte Organisationsdoktrin Lenins. Danach müssen wir uns bei der Frage, ob andere Parteien "demokratischer" als der Bolschewismus sind, ebenfalls in erster Linie an ihr Organisationsstatut halten. Täten wir dies, wären wir wahrhaft bedauernswert. Wählen wir als Beispiel die deutsche Sozialdemokratie, die gemeiniglich als der Gegenspieler des Bolschewismus innerhalb der Arbeiterbewegung gelobt hat. Kein liberaler Kritiker hat noch bestritten, daß die deutsche Sozialdemokratie eine "wahrhaft demokratische" Partei gewesen sei, ja, manche haben sogar eine leise Kritik für sie übrig, sie wäre dem Faschismus gegenüber zu einer Zeit, als dieser noch zurückgeworfen werden konnte, zu demokratisch gewesen. Nun, die Führer dieser Partei, in der alles demokratisch gewählt, in der alles wesentlich abgewickelt wurde, haben hinter dem Rücken der Arbeiterschaft im November 1918 mit dem deutschen Generalstab Vereinbarungen geschlossen, um eine weitere Ausbreitung der Revolution zu verhindern.+) Diese "Vereinbarungen" (für die der Name Verrat zutreffender ist), waren ein Dolchstoß in den Rücken der deutschen Arbeiterklasse. Ebenso "demokratisch" war der Abgang dieser Partei. Am 1. Mai 1933 - dem "Tag von Potsdam" - hat sie durch ihre Vertreter in dem bereits von Hitler beherrschten Reichstag ihre Bereitschaft erklärt, mit dem Hitlerregime Frieden zu schließen; die Antwort Hitlers einen Tag später war das Verbot der SPD und die Auflösung der Gewerkschaften.

+) Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus. In diesem Buch werden die Dokumente zum Beweis dieser Behauptung genannt.

Nehmen wir die SPÖ. Diese hat wenige Tage vor dem Februar 1934 durch Helmer an Dollfuß das Angebot gestellt, der Ausnahmegesetzgebung der Dollfußregierung, einer zweijährigen Ausschaltung des Parlamentes, ja sogar einer Ständeverfassung die Zustimmung zu geben, wenn die Regierung die Arbeiterbürokratie in Amt und Würden läßt.+). Seit 1945 hat die SPÖ bei den verschiedenen Lohn- und Preisabkommen den Arbeitern oft genug vorexerziert, daß man ein Bekenntnis zur Demokratie in Worten sehr wohl mit einer antidemokratischen Praxis verbinden kann...

Als vollendetstes Beispiel eines vollkommenen Widerspruches zwischen Theorie und Praxis in Fragen der Demokratie sei schließlich auf die stalinistische Diktatur selbst verwiesen. Auf dem Papier ist die "Stalinsche Verfassung" von 1936 die demokratischste der Welt; die demokratischen Rechte, auf die der Sowjetbürger Anspruch hat, sind zahlreich und umfassend. Noch zahlreicher sind die Konzentrations- und Arbeitslager, in denen der Sowjetbürger landen kann, wenn er naiverweise auch nur von einem einzigen dieser Rechte Gebrauch zu machen versucht. Die "demokratischste Verfassung der Welt" ist der fadenscheinige Deckmantel für die totalitäre Diktatur der Weltgeschichte.--

Was wollen wir mit diesen Beispielen sagen? Die alte Wahrheit, daß man bei der Beurteilung bestimmter politischer Erscheinungen diese nicht nur nach dem gesprochenen und geschriebenen Wort und nicht nur nach den offiziellen Parolen beurteilen darf. Wichtiger als die Prinzipien ist die tatsächliche Praxis. "Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme", meint Marx ++). Das bedeutet keineswegs, daß wir theoretische Kundgebungen für nebensächlich oder gar bedeutungslos halten; der Marxismus fordert die Einheit von Theorie und Praxis. Doch das oberste Kriterium in der Politik ist nicht, was eine Person oder eine Gruppe tun will oder zu tun vorgibt, sondern ihr tatsächliches Handeln und dessen Auswirkungen. Wenn wir diesen Grundsatz auch auf den Stalinismus anwenden, wenn wir seine Ursprung nicht in einer bestimmten Doktrin Lenins, sondern im Handeln bestimmter sozialer Gruppen und im sozial-ökonomischen Untergrund dieses Handelns suchen, mit anderen Worten, wenn wir nicht eine pseudopsychologische, sondern die marxistische Methode anwenden, dann werden wir verstehen, warum Trotzki vor das gleiche Problem gestellt, sich nicht "versuchen" lassen will, den Stalinismus aus dem "bolschewistischen Zentralismus" zu erklären. Denn was zeitigt die Anwendung der marxistischen Methode auf die Geschichte des Bolschewismus und auf das stalinistische Rußland wirklich?

Die kleinbürgerliche Demokratie schreibt den demokratischen Formeln eine Art geheimer Zauberkraft zu; man muß sich nur zu diesen Formeln bekennen, nie und nirgends auf die Anwendung des demokratischen Rituals vergessen und das ganze Weltall wird Farbe und Harmonie. Nach den kleinbürgerlichen Demokraten (die die "reine" Form der Demokratie vertreten) besteht der Zusammenhang zwischen Demokratie und Klassenkampf höchstens darin, daß der Demokratie die Aufgabe zufällt, den Klassenkampf zu "zivilisieren", indem sie auf friedliche Weise die sozialen Gegensätze ausgleicht. Indes haben die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zur Genüge gezeigt, daß die Demokratie nicht etwas ist, was erhaben über den Klassen schwebt, sondern was untrennbar mit den Klassen und ihrem Kampf verbunden ist. Das gilt auch für die neue proletarische Demokratie, die aus der Oktoberrevolution 1917 hervorgegangen ist.

+) Otto Bauer: Der Aufstand der Österreichischen Arbeiter.

Wien 1947. S. 12.

++) Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. Berlin 1946. S. 13.

Wir brauchen hier nicht zum x-tenmal wiederholen. Der trotzkistische Standpunkt, warum es zum Zusammenbruch der proletarischen Demokratie und zur totalitären Diktatur einer neuen privilegierten Kaste, der Sowjetbürokratie, gekommen ist, ist bekannt. Umsomehr nimmt es Wunder, daß ein Autor wie Wolfe, der (das geht ohne Zweifel aus seinem Buch hervor) sich ehrlich um Verständnis für die neuartige historische Erscheinung des Stalinismus bemüht und der die marxistische Analyse Trotzki's über die Ursachen des Sieges der Bürokratie kennt, Trotzki dennoch den Vorwurf macht, er scheue vor einer neuen Erkenntnis zurück und sei darum kein "echter Kritiker" des Stalinismus, sondern ein Prätendent, der den Uurpator anklagt.

Was ist "echte Kritik" am Stalinismus?

Mit dem, was wir bis jetzt gesagt, ist eigentlich schon die Antwort auf die Frage gegeben, ob die Trotzkisten "echte Kritiker" am Stalinismus seien. Wie jede historische Erscheinung, darf der Bolschewismus nicht nach irgendwelchen ewigen Prinzipien, und seien es auch die der "reinen" Demokratie, gemessen werden. Der Bolschewismus, innerhalb dessen theoretischem Rüstzeug die leninsche Organisationsdoktrin ein wichtiges Element bildet, war eine Strömung innerhalb der russischen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit. Vor eine große historische Aufgabe gestellt, hat sich der Bolschewismus allen anderen Strömungen gegenüber als überlegen erwiesen und die russische Revolution zum Sieg geführt. Die bürgerliche Demokratie, die alle Chancen in der Hand hatte, dem Bolschewismus zu beweisen, um wieviel besser sie es machen könnte, hat in dieser Revolution kläglich versagt. Mit dem Sieg des Bolschewismus ist der Beginn einer neuen Ära der Demokratie - der proletarischen anstelle der abgewirtschafteten bürgerlichen - untrennbar verbunden. Doch der russische Bolschewismus konnte zwar den Kampf, der der Kampf unserer Zeit ist, beginnen; er hat jedoch niemals behauptet, er könne, auf sich allein gestellt, diesen Kampf mit allen seinen Konsequenzen siegreich beenden. Hierzu bedurfte es der Ausbreitung der internationalen Revolution. Ungünstige Bedingungen haben zu deren vorübergehenden Rückschlag geführt, der in seinen Auswirkungen auch das russische Proletariat zurückgeschleudert und die neue Demokratie erwürgt und zum Sieg einer neuen privilegierten bürokratischen Kaste geführt hat. Die russische Linksoption hat unter der Führung Leo Trotzki's diese Entwicklung erkannt, auf deren Möglichkeit bereits Lenin hingewiesen hat. Sie hat nicht nur diese Entwicklung theoretisch vorweggenommen, sondern seit dem Jahre 1923 einen entschlossenen und opfervollen Kampf gegen sie geführt. Vergessen wir nicht: Am Beginn des Kampfes der Linksoption stehen nicht die Fragen des Sozialismus in einem Lande und nicht die der Wirtschaftspläne, sondern die Verteidigung der proletarischen und der Parteidemokratie gegen die aufsteigende Bürokratie und deren Vertreterin, die Stalinclique. In diesem Kampf wurde die Linksoption von der bürgerlichen Demokratie der ganzen Welt in Stich gelassen, die beifällig den Aufstieg Stalins gegen den "Terroristen" Trotzki verfolgte und die mehr als einmal die falsche Prognose aussprach, der Stalinismus werde sich schließlich in eine honorable bürgerliche Demokratie umwandeln. In diesem Kampf haben sich die Trotzkisten das Recht erworben, als "echte Kritiker" des Stalinismus zu gelten. Sie kämpfen gegen den Stalinismus nicht vom Standpunkt der niedergehenden bürgerlichen Demokratie, die in Rußland weniger noch als anderswo Bestand haben kann, sondern vom Standpunkt der Demokratie der aufsteigenden Arbeiterklasse, deren Sieg unvermeidlich ist.